

Gemeinde Mainhausen, Montag, 22. Juni 2026

Aktionstag „Kommunen am Limit“: Mainhausen setzte sichtbares Zeichen am Rathaus

Am Montag, 22. Juni 2026, beteiligte sich die Gemeinde Mainhausen am bundesweiten Aktionstag „Kommunen am Limit“. Mit einer sichtbaren Aktion am Rathaus macht Mainhausen auf die angespannte Finanzlage der Kommunen aufmerksam und fordert von Bund und Ländern: Wer Aufgaben überträgt, muss deren Finanzierung verlässlich sichern.



Am Montag, 22. Juni 2026, beteiligte sich die Gemeinde Mainhausen am bundesweiten Aktionstag „Kommunen

am Limit“. Zu dem Aktionstag hatten die kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – aufgerufen. Ziel war es, auf die dramatische Finanzlage der Städte, Landkreise und Gemeinden aufmerksam zu machen und von Bund und Ländern wirksame Schritte gegen die kommunale Finanzkrise einzufordern.

Die Lage ist ernst: Das kommunale Defizit lag 2025 bundesweit bei rund **30 Milliarden Euro** – ein historischer Höchststand. Ein wesentlicher Treiber sind steigende Sozialausgaben, die Kommunen aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben leisten müssen, während Umfang und Standards in den vergangenen Jahren weiter gewachsen sind.

Was zunächst nach abstrakten Haushaltszahlen klingt, wird vor Ort ganz konkret spürbar. Denn die kommunale Finanzkrise betrifft Aufgaben, die unseren Alltag tragen – zum Beispiel **Kinderbetreuung und Jugendangebote**, die **Unterhaltung von Straßen, Wegen und öffentlichen Gebäuden, Sportstätten** sowie **Bürger- und Kulturhäuser**, Angebote für **Seniorinnen und Senioren** – und den **ÖPNV**. Kurz: Sie betrifft die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden – und damit auch in Mainhausen.

Als sichtbares Zeichen der Aktion wurde das Rathaus **mit gelbem Absperrband umhüllt** und der **Sitzungssaal mit gelben Scheinwerfern** beleuchtet. Damit machte die Gemeinde Mainhausen deutlich: Die Kommunen brauchen endlich verlässliche Rahmenbedingungen, um ihre Aufgaben dauerhaft erfüllen zu können.

Mainhausen unterstützte deshalb die gemeinsame Forderung der Kommunen: Wenn Bund und Länder Aufgaben übertragen oder ausweiten, muss die Finanzierung **vollständig und dynamisch** mitwachsen. Der Grundsatz „**Wer bestellt, muss auch bezahlen**“ ist für die Kommunen keine Floskel, sondern Voraussetzung dafür, handlungsfähig zu bleiben – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Die Kommunen fordern von Bund und Ländern insbesondere:

- Das kommunale Finanzierungsdefizit muss vollständig beseitigt werden – etwa durch kurzfristige Hilfen, einen stärkeren kommunalen Anteil an Steuern sowie Reformen in den sozialen Sicherungssystemen.
- Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt auch“ muss sofort gelten – mit einem vollständigen finanziellen Ausgleich für alle Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden.

Ziel bleibt ein handlungsfähiger Staat vor Ort, der verlässlich Leistungen erbringen kann – von der Kinderbetreuung bis zum Vereinsleben. Dafür braucht es entschlossenes Handeln von Bund und Ländern.